

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł. mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł. vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifenband monatl. 7.50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Zuschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Zuschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 235

Bvdgoszcz/Bromberg, Freitag, 14. Oktober 1938

62. Jahrg.

Volksgenossen jenseits der Olsa

Mindestens 25 000 Deutsche.

Einer Betrachtung der „Schlesischen Tageszeitung“ in Breslau über das Deutsche in dem von Polen neu gewonnenen Teschener Gebiet entnehmen wir folgende Angaben:

Volkstumspolitisch vollzieht sich die Auseinanderhebung in erster Linie zwischen Polen und Tschechen. Aber neben Polen und Tschechen gibt es im Teschener Gebiet auch Deutsche. Am bedeutendsten sind die deutschen Siedlungsgebiete in und um Oderberg, Neu-Oderberg und Pudzlan, in und um Freistadt sowie in Teschen-Stadt. Aber auch weiter südlich, bei Trienitz sowie in anderen Gebieten siedeln Deutsche in beträchtlicher Zahl. Nach den amtlichen tschechischen Volkszählungen von 1921 und 1930 wurden festgestellt im Gerichtsbezirk Oderberg 7340 bzw. 7537 Deutsche (= 19,7 bzw. 15,5 v. H.), Freistadt 4373 bzw. 3851 Deutsche (= 6,0 bzw. 4,2 v. H.), Teschen 5278 bzw. 5471 Deutsche (= 13,4 bzw. 10,8 v. H.), Jablunkau 769 bzw. 523 Deutsche (= 3,03 bzw. 1,73 v. H.). Insgesamt also 1921 18 260, 1930 17 182 Deutsche.

Dass diese Zahlen der tschechischen Volkszählung zu niedrig sind, haben u. a. die Bezirkswahlen von 1928 und 1935 erwiesen. Ohne Berücksichtigung kommunistischer Stimmen ergaben sich 1928 bzw. 1935 folgende deutschen Stimmenzahlen: Gerichtsbezirk Oderberg 3845 bzw. 4403, Freistadt 2753 bzw. 2698, Teschen 2405 bzw. 2948, Jablunkau 309 bzw. 216. Die Entwicklung von 1928 zu 1935 zeigt also einen gewissen Rückgang im südlichen Jablunkauer Bezirk, Beharrung im Gerichtsbezirk Freistadt und eine erhebliche Zunahme der deutschen Stimmen in den Gerichtsbezirken Teschen und Oderberg. Insgesamt stellte sich die deutsche Stimmenzahl in dem zur Tschechei gehörenden Teil des Teschener Schlesiens 1928 auf 9812, im Jahre 1935 auf 10 265. — Wenn also die tschechische Volkszählung von 1930 nur 17 182 Deutsche ermittelte, die Bezirkswahl von 1935 an wahlberechtigten deutschen Stimmen allein 19 265 ergab, so liegt auf der Hand, daß man bei Berücksichtigung der nichtwahlberechtigten Kinder und Jugendlichen mit mindestens 25 000 Deutschen insgesamt zu rechnen hat. Dabei ist noch nicht einmal in Betracht gezogen, daß seit 1919 unter tschechischem Druck zahlreiche Deutsche haben abwandern müssen.

Nach und nach das Schicksal der Deutschen geht es bei Teschen-Schlesien. Sie gehören zu den Getreuen der großen volksdeutschen Gemeinschaft, und ihnen verdankt das umstrittene Gebiet wesentliche Leistungen in Kultur und Wirtschaft.

Welche Zukunft hat dieses Deutschtum?

Der in Chorzow erscheinende „Oberschlesische Kurier“ hat einen Berichterstatter in das Olsa-Gebiet entsandt, um die neuen Glieder der deutschen Volksgemeinschaft in Polen zu grüßen und kennen zu lernen. Er schreibt, wie stark in den Olsa-Deutschen die Erwartung gewesen sei, daß ihnen nach den Worten des schlesischen Wojewoden jene Achtung entgegengebracht werde, auf die feste Charaktere Anspruch haben. Dann heißt es weiter:

Die Deutschen im Teschener Gebiet hatten bisher ein hoch entwickeltes deutsches Schulwesen, ein reiches deutsches Kulturleben und beträchtlichen Anteil auch am politischen Leben in Staat und Gemeinde sowie am Wirtschaftsleben. Nun sind zunächst einmal im Zuge der Neuordnung sämtliche Parteien und Vereine aufgelöst worden. Eine Wiederaufnahme der Tätigkeit aller dieser Organisationen wird erst nach Genehmigung der Sitzungen durch die Behörden möglich sein, was sicherlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Bis dahin fehlt den Deutschen dieses Gebietes eine Vertretung, und es muß alles von neuem aufgebaut werden.

Manche Sorge hat schon die neue Sprachordnung hervorgerufen, und man darf wohl hoffen, daß die Verwaltungspraxis auf die bestehenden Verhältnisse bei der Durchführung Bedacht nehmen wird. Denn es wird ja doch den zuständigen Staatsstellen einleuchten, daß nicht in wenigen Tagen eine neue Sprache so ausreichend erlernt werden kann, daß ein normaler Verkehr mit den verschiedenen Amtsstellen in der Staatssprache möglich ist. Bekanntlich ist auch den Beamten der Hüttenwerke in Trzyniec aufgegeben worden binnen einem halben Jahr polnisch zu lernen. Sicherlich werden es die deutschen Beamten an gutem Willen dazu nicht fehlen lassen, aber es hieße denn doch die Schwierigkeiten der polnischen Sprache unterschätzen, wollte man glauben, daß sich in dieser Frist eine wirklich vollkommene Beherrschung der Staatssprache erreichen läßt. Zu hoffen ist es, daß die neuen Leiter der dortigen Industriebetriebe sich nicht das Beispiel der neuen Herren der ober-schlesischen Industrie zu eigen machen werden, die ihren deutschen Beamten auch dann den Abschied gegeben haben, wenn sie der polnischen Sprache ausgezeichnet mächtig waren. Ein wesentlicher Wunsch der Deutschen ist es, daß ihnen die deutsche Schule erhalten bleibt, die im einstigen Tschechisch-Teschen allein über 800 Schüler zählte. Inzwischen ist übrigens eine deutsche Institution, die über anderthalb Jahrzehnte in Teschen sehr fruchtbar gewirkt hat, die deutsche Mütterberatungsstelle, aufgelöst worden. Unwillkürlich erinnert man sich der klugen Worte, die ein bekannter polnischer Seelsorger, Prälat Kapica, einst nach der neuen Grenzziehung in Oberschlesien gesprochen hat: „Die Treue dürfen wir von den neuen Staatsbürgern verlangen, die Liebe und Anhänglichkeit aber müssen wir uns erst verdienen!“

Schwierige Verhandlungen in Komorn.

Diplomatische Winkelzüge verursachen Zuspitzung der Lage.

Nach den am Mittwoch in Prag eingegangenen Meldungen sind die tschechisch-slowakisch-ungarischen Verhandlungen in Komorn auf den toten Punkt angelangt. Die Verhandlungen mit der ungarischen Delegation in der Frage der von der ungarischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei bewohnten Gebiete wurde von der Vertretung der autonomen Slowakischen Regierung geführt. Die Vertreter der Slowakischen Regierung lehnten kategorisch die ungarischen Forderungen ab, den von Ungarn bewohnten Landstrichen abzutreten, der sich von Preßburg bis Uzhorod (Ungarn) hinzieht. Die ungarische Regierung hatte sich in dieser Frage am Dienstagabend an die Zentralregierung in Prag gewandt und sich über die „diktatorische Taktik“ der Slowakischen Regierung beschwert. Die Prager Regierung beratschlagte über die ungarische Beschwerde bis in die späten Nachtstunden hinein. Das Ergebnis der Beratungen ist bis jetzt nicht bekannt.

Nach einem Bericht aus Budapest kehrten dort am Dienstagabend aus Komorn die beiden Delegierten für die Verhandlungen mit den Slowaken die Minister Kanya und Graf Teleky zurück und wurden zweimal vom Regenten von Horthy empfangen. Nach Informationen, die aus der ungarischen Delegation nahestehenden Kreisen stammen, wird die ungarische Regierung an ihren Forderungen festhalten.

Falls es zu einer Verständigung nicht kommen sollte, würden ernstliche Komplikationen erfolgen.

Die Stimmung in der ungarischen Bevölkerung sei so gespannt, daß die ungarische Regierung sich auf keine Zugeständnisse einlassen könne, ohne sich einer Reaktion der Volksgemeinschaft auszusetzen. Eine große Überraschung rief in Budapest die Nachricht hervor, daß das Mitglied der slowakischen Delegation aus Komorn, Minister Durjanski sich im Flugzeug nach Berlin begeben haben soll. Im Zusammenhang damit wird in ungarischen Kreisen erklärt, daß die Slowaken offenbar hofften, in Berlin eine Unterstützung für ihre Haltung zu finden.

Tschechoslowakischer

Außenminister in Berlin.

Berlin, 13. Oktober. (DNB.) Der tschechoslowakische Außenminister Chwalkowski trifft am Donnerstag früh in Berlin ein und wird sich am Vormittag in das auswärtige Amt begeben, um dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop einen Besuch zu machen.

Tschechoslowakische Gegenvorschläge.

Die ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen in Komorn, die am Mittwoch mittag 12 Uhr wieder aufgenommen wurden, wurden gegen 14.30 Uhr unterbrochen und um 15 Uhr fortgesetzt. Auf tschechischer Seite nahm an den Besprechungen zum erstenmal der Generalsekretär des Prager Außenministeriums Krino teil, ferner das Mitglied der Karpato-Ruthenischen Regierung Baczynski.

Die tschechoslowakische Delegation teilte mit, daß die Karpato-Ruthenen bereits vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht und sich für ein Verbleiben im Staatsverband der Tschechoslowakei entschieden hätten. Dieser Vorschlag wurde von der ungarischen Delegation abgelehnt.

Nach einer kurzen Unterbrechung schlug die Abordnung der Prager Regierung zusätzlich vor, an Ungarn das Gebiet von Zytynie Dstrowo abzutreten, wobei betont wurde, daß dies der endgültige Vorschlag sei. Auch dieser Vorschlag wurde von der ungarischen Delegation abgelehnt und Minister Kanya erklärte, falls die Ungarn bis Donnerstag 9 Uhr früh auf ihre Vorschläge keine befriedigende Antwort erhalten, sie gezwungen sein würden, sich ihre Rechte auf anderem Wege zu suchen.

Inzwischen hat die tschechoslowakische Delegation auf einen Teil der ungarischen Vorschläge Gegenvorschläge vorgelegt. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Beratungen über die einzelnen Fragen noch zwei Tage in Anspruch nehmen dürften.

Doch noch ein konkreter Weg?

Komorn, 13. Oktober. (P.M.) Aus Kreisen, die der ungarischen Delegation nahestehen, erfährt der Korrespondent der Polnischen Telegraphen-Agentur, daß die Verhandlungen im Ergebnis der von ungarischer Seite unternommenen Schritte auf einen konkreteren Weg gelangt sind. Nichtsdestoweniger bestehen aber noch gewisse Meinungsverschiedenheiten. Die slowakische Delegation hat am Mittwoch die Antwort auf die ungarischen Forderungen ausgearbeitet; sie wird den Ungarn am Donnerstag vorgelegt werden. Die ungarische Delegation war auf gewisse Schwierigkeiten vorbereitet. Die tschechoslowakischen Vorschläge haben Verwunderung hervorgerufen, da sie Fragen

betrafen, die in keinem Zusammenhange mit dem eigentlichen Thema standen. Es wird angenommen, daß die Verhandlungen am Donnerstag, die wie es scheint länger dauern werden, eine klarere Präzisierung des slowakischen Standpunktes bringen dürften.

Wer trübt die Verhältnisse in Mitteleuropa?

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen“)

Warschau, 13. Oktober.

Neben der Triumphsahrt des Marschalls Smigly-Rydz durch das befreite Olsa-Gebiet, die heute fortgesetzt werden soll, steht in Warschau die Zuspitzung der Verhandlungen in Komorn im Vordergrund des Interesses. Polen steht dabei, wie einhellig hervorgehoben wird, ganz auf der Seite Ungarns. Die Lage wird in Warschau als ernst angesehen.

Der Sonderberichterstatter der „Gazeta Polska“ will aus guter Quelle erfahren haben,

daß der tschechische Generalstab seine zuverlässigsten Divisionen, die bisher im Sudetengebiet standen, in die Slowakei zu versetzen beginne. Während der Beratungen bei Reichsverweser von Horthy seien in der vergangenen Nacht ebenfalls Beschlüsse militärischer Natur gefaßt worden.

Die Warschauer Presse beschäftigt sich im Anschluß daran lebhaft mit der Frage, wer an der neuen Verwicklung schuld sei. Als charakteristisches Zeichen wird angeführt, daß bei den Verhandlungen am Mittwoch der Generalsekretär des Prager Außenministeriums Krino bei der slowakischen Delegation den Vorsitz geführt habe, Krino habe sich in der Nacht vorher in Prag mit General Sirovy beraten. Sehr beachtet wird ferner die Zuziehung von Vertretern der neuen Karpato-ruthenischen Regierung zu den Verhandlungen in Komorn.

Die „Gazeta Polska“ untersucht in längeren Ausführungen die Frage, wem an der Stifung von Unfrieden in Mitteleuropa gelegen sein kann. Sie verneint die Frage bei allen europäischen Mächten und kommt zu dem Ergebnis,

daß der Unruheherd in Prag liege. Die tschechische Diplomatie werde offenbar noch von dem Geiste Benešs beherrscht.

Das amtliche polnische Blatt warnt die Unruhestifter und erklärt, je länger die Trübung der Verhältnisse in Mitteleuropa anhalte, desto schlimmer müsse sie für diejenigen enden, die diese Trübung aufrecht erhalten.

Wesentlich deutlicher in seinen Ausführungen wird der „Cypres Poranny“, der die verdächtigen Manöver um die kommende polnisch-ungarische Grenze brandmarkt.

Es sei Moskau, das die Herstellung dieser Grenze mit allen Mitteln verhindern wolle, weil es fürchte, mit Karpato-Ruthenien die wichtigste Basis der Komintern und damit die Brücke nach Mitteleuropa zu verlieren.

Deshalb schlage es zusammen mit seinen Freunden im Westen Alarm und versuche, es nicht zur Rückgabe Karpato-Rutheniens an Ungarn kommen zu lassen.

Besonderer Art, so schreibt der „Cypres Poranny“ weiter, sind die Manöver gewisser französischer Kreise, die plötzlich große Sympathien für die Idee einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze entdeckt haben. Diese Sympathie trete nur deshalb auf, weil man damit die Hoffnung auf einen polnisch-ungarisch-rumänischen oder noch weiter gefaßten Block gegen Deutschland verbinde. Die gleichen Kreise seien aber auch von der letzten Rede Adolfs Hitlers enttäuscht gewesen, die ihre Hoffnungen auf eine deutsch-französische Annäherung zerstört habe. Man müsse sich über die Unbelehrbarkeit dieser Franzosen wundern, die kaum, daß sich die eine antideutsche Konstruktions des Quai d'Orsay erschlagen hat, schon wieder dasselbe Spiel von neuem anfangen wollen und offenbar bereit seien, den Plan, der sich vielleicht zu dieser Politik gebrauchen ließe, seinem Schicksal zu überlassen, um selbst die Verständigung mit dem Reiche zu suchen. Polen lasse sich zu derartigen Zwecken nicht benutzen, weil es keinem Block angehören und keinen Block schaffen will.

Prag und Karpato-Ruthenien.

Prag, 13. Oktober. (P.M.) Das tschechische Pressebüro verbreitet eine umfangreiche Verlautbarung, die von der Einstellung Prags gegenüber der neu gebildeten Regierung Karpato-Rutheniens handelt. In dieser Verlautbarung wird an die „patriotischen Gefühle der Karpato-Ruthenen“ appelliert, und man bemüht sich, die Vorteile aufzuzeigen, die sich für die aus der weiteren Zusammenarbeit mit Prag ergeben würden. Gleichzeitig wird betont, daß Karpato-Ruthenien die Brücke der Tschechoslowakei nach dem Osten im besonderen nach Sowjetrußland sei.

Keine Volksabstimmung im Kreise Friedek?

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen“.)

Warschau, 12. Oktober. Der der Regierung nahestehende „Kurjer Gzerwonny“ nimmt erneut zu der Frage der weiteren Gebiete jenseits der Olsa Stellung und schreibt u. a.:

„Gestern nahm polnisches Militär den sechsten Streifen des Teiles von Schlesien jenseits der Olsa in Besitz, der auf Grund des Abkommens zwischen den Regierungen Polens und der Tschechoslowakei unmittelbar an Polen zurückgegeben wurde. Es bleibt noch die Frage des Kreises Friedek zu lösen, in dem nach dem Abkommen eine Volksabstimmung stattfinden sollte. Weil jedoch die Regierung der Tschechoslowakei von den Nachteilen eines Plebiszits überzeugt ist, das den provisorischen Zustand verlängert, ist zu erwarten, daß die Frage des Kreises Friedek ohne Plebiszit in unmittelbarer Verständigung zwischen der Polnischen und der Tschechischen Regierung geregelt werden wird.“

Der Wille der Bevölkerung des Gebietes, in dem ein Plebiszit durchgeführt werden sollte, habe sich schon ganz eindeutig im Sinne der Verbindung mit Polen offenbart. Ein Problem für sich bilde die Frage der Zips, Arme und des Tschatscha-Gebietes, die von polnischer Bevölkerung bewohnt seien und zur Zeit Besatzteile der Slowakei wären. Ohne Zweifel werde das Schicksal auch dieser Gebiete schnell und günstig in freundschaftlicher Verständigung mit der Regierung der Slowakei entschieden werden. Jedenfalls dürfe diese Frage von der Regierung wie von der Allgemeinheit nicht außer Acht gelassen werden.“

Doch Abstimmung im Kreise Friedek?

Der Berichterstatter des „Kurjer Warszawski“ will aus sehr maßgeblicher Quelle in Teschen erfahren haben, daß im Friedeker Kreis auf jeden Fall doch eine Volksabstimmung stattfinden werde. Der Friedeker Kreis liegt — von Teschen aus gesehen — jenseits der Ostrawica — und wurde deshalb gemäß den Abmachungen vom 1. Oktober auch nicht von polnischen Truppen besetzt.

Aus Teschen meldet die „Gazeta Polska“, daß im Tschtscha-Gebiet die Unruhe unter der polnischen Bevölkerung wachse. Eine energische Aktion im Grenzgebiet der Slowakei sei zu erwarten.

Statistik über Friedek.

Im Hinblick auf die Entnationalisierungspolitik der Tschechen in den letzten 20 Jahren ist man sowohl in Berlin bei der Festlegung der neuen deutsch-tschechischen Grenze wie auch in Komorn bei der Begrenzung der ungarischen Ansprüche über die Volkszählungen und Wahlsiffern der tschechischen Zeit zur Tagesordnung übergegangen und hat die letzte österreichische Volkszählung vom 31. Dezember 1910 zur Grundlage der Besprechungen gemacht. Verfährt man ebenso im Politischen Bezirk Friedek dann ergibt sich — für 1910 — folgender Stand:

1. Friedek Stadt. Von insgesamt 9870 Einwohnern waren 574 Polen, 4088 Tschechen, 5128 Deutsche, 149 Staatsfremde.

2. Friedek Land. Von insgesamt 48 205 Einwohnern waren 1521 Polen, 40 188 Tschechen, 1294 Deutsche, 18 Andere und 194 Staatsfremde.

3. Polnisch-Osttrau. Von insgesamt 55 752 Einwohnern waren 12 998 Polen, 38 275 Tschechen, 5527 Deutsche, 18 Andere und 934 Staatsfremde. (Polnisch-Osttrau liegt auf dem tschechischen Ufer der Ostrawica unmittelbar gegenüber Mährisch-Osttrau.)

Danach zählte der gesamte Politische Bezirk Friedek 15 093 Polen, 84 091 Tschechen, 11 944 Deutsche, 31 Andere und 1277 Staatsfremde.

Schon bei der ersten tschechischen Volkszählung von 1921 war der Anteil der polnischen Bevölkerung im Gerichtsbezirk Friedek auf 21 Prozent, der Anteil der Deutschen auf 38 Prozent des Standes von 1910 herabgegangen, während die Tschechen ihre Bevölkerungsziffer auffallender Weise nur um 3000 Köpfe erhöhten.

Reichenberg — Hauptstadt des Sudetengaus.

In der befreiten Stadt Reichenberg in Böhmen sprach Reichskommissar Konrad Henlein bei einer gewaltigen nächtlichen Kundgebung (vom Sonnabend zum Sonntag) auf dem Rathaus, der den Namen des Führers erhalten hat. Er überbrachte der von Freude und Dank erfüllten Bevölkerung der Stadt die Grüße des Führers und schilderte in seiner von jubelndem Beifall immer wieder unterbrochenen Rede die Not der vergangenen Jahre, die jetzt ein Ende gefunden hat.

Mit erhobener Stimme rief er: „Wir glaubten felsenfest, daß diese Stunde einmal kommen muß. Deutsche Truppen haben heute Besitz genommen von unserer schönen Stadt Reichenberg. Am 10. Oktober ist das ganze sudetendeutsche Gebiet befreit, am 10. Oktober ist unsere sudetendeutsche Heimat ein Teil des Reiches geworden.“

Konrad Henlein gedachte dann des Freikorps, das außerhalb und innerhalb der Grenzen entscheidend mitgerungen habe. Der Führer habe den Entschluß gefaßt, den Freikorpskämpfern ein Ehrenkreuz zur Erinnerung zu weihen.

Wenn das Gebiet voll besetzt sei, so fuhr dann der Reichskommissar fort, werde das südmährische Land an Österreich fallen, das südböhmische Land an Bayern. Das übrige werde ein großer Reichsgau werden und dieser Gau werde den Namen Sudetengau tragen. Als Henlein dann mitteilte, der Führer habe seinen Vorschlag gebilligt, daß der Sitz dieses Gaus Reichenberg sein solle, da kennt der Jubel keine Grenzen.

Als dann zum Schluß seiner Ausführungen Konrad Henlein mitteilte, der Führer werde in kürzester Zeit Ergänzungswahlen in den Deutschen Reichstag im Sudetenland durchzuführen, und dann selbst zu den Reichsbürgern sprechen, dankten ihm die Sudetendeutschen dieser loben befreiten Stadt mit minutenlangem Jubel.

Der Führer an die Kämpfer des sudetendeutschen Freikorps

Saarbrücken, 11. Oktober. (DNB.) Der Führer hat an die ehemaligen Kämpfer des Sudetendeutschen Freikorps folgenden Aufruf erlassen:

„Das sudetendeutsche Freikorps ist aufgelöst. Ich danke den Männern für ihren selbstlosen und tapferen Einsatz im Kampf um das deutsche Volkstum und die Freiheit ihrer Heimat. Ich erwarte von ihnen, daß sie nunmehr in den Kampfformationen der Partei und des Staates ebenso aufopfernd ihre Pflichten erfüllen werden.“

Adolf Hitler.

Wasserstand der Weichsel vom 13. Oktober 1938.
Aratau — 2,87 (- 2,83), Zawichost + 1,41 (+ 1,41), Warschau + 0,95 (+ 0,94), Błoc + 0,49 (+ 0,48), Thorn + 0,43 (+ 0,43), Gordon + 0,38 (+ 0,34), Culm + 0,30 (+ 0,30), Graudenz + 0,47 (+ 0,45), Kurzbrack + 0,53 (+ 0,51), Biedel — 0,25 (- 0,28), Dirschau — 0,32 (- 0,35), Einlage + 2,28 (+ 2,22), Schiwenhorst + 2,52 (+ 2,48). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Japanische Offensive gegen Südchina.

Tokio, 13. Oktober. (Ostasiendienst des DNB) Amtlich wird bekanntgegeben, daß die japanische Armee und Marine militärische Operationen gegen Südchina entlang der Küste der Provinz Kwantung begonnen haben. In politischen Kreisen Tokios nimmt man an, daß damit der seit langer Zeit geplante Angriff auf Kanton begonnen habe.

Mittwoch früh um 4.30 Uhr wurden die ersten japanischen Abteilungen in der Bias-Bucht gelandet. Dort liegen etwa 60 japanische Transportschiffe mit Truppen. Das nächste Ziel ist anscheinend die Unterbrechung der Hongkong-Kanton-Bahn. Die englischen Behörden in Hongkong rechnen mit einem starken Zustrom chinesischer Flüchtlinge. Sie verstärken daher den militärischen Schutz an der Nordgrenze des britischen Territoriums.



Chinas Waffen- und Munitionsversorgung soll abgeschnitten werden.

Über die begonnenen japanischen Operationen in Südchina gab der Sprecher des Außenamtes eine Erklärung. Er unterstrich, daß die japanischen Maßnahmen rein militärischer Natur seien und

die Unterbrechung des Hauptweges für die chinesische Waffen- und Munitionsversorgung bezweckten. Die bisher von der Japanischen Regierung verfolgte Politik, die Rechte und die Interessen dritter Mächte zu achten, bleibe unverändert.

Obwohl von japanischer Seite alles daran gesetzt werde, um jeden Schaden für dritte Mächte infolge der gegenwärtigen Operationen zu vermeiden, bringe die Regierung in Tokio gleichzeitig die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Mächte die wirklichen Absichten Japans verstehen und an den Bemühungen der japanischen Militärs mitarbeiten möchten, um so unerwünschte Zwischenfälle zu vermeiden.

In Tokio wurde die Meldung über die Landung japanischer Truppen in Südchina durch Extrablätter verbreitet. Militärische Kreise unterstreichen,

daß die Besetzung Kantons, der wichtigsten Handels- und Verkehrsstadt Südchinas, die letzte Widerstandskraft des Tschiangkai-schek-Regimes brechen soll.

Nach Besetzung Kantons würde nämlich die militärische Versorgung Tschiangkai-scheks ausschließlich auf die beschwerliche

und unsichere Zufuhr aus Indochina, Burma und Sowjetrußland angewiesen sein.

In politischen Kreisen Tokios verweist man darauf, daß die Erweiterung des Kampfgebietes in China selbstverständlich auch einen erheblich größeren Kräfteeinatz des japanischen Volkes verlange. Außerdem bedeute die japanische Expedition nach Südchina eine inhaltsschwere Maßnahme gegen die Interessengebiete Englands und Frankreichs und besonders die in unmittelbarer Nachbarschaft liegende britische Kronkolonie Hongkong. Der starke chinesische Widerstand um Hankau habe jedoch diese Bedenken zugunsten einer radikalen Durchführung des Chinafeldzuges überwunden.

Die Regierung Japans hat am Mittwoch morgen den Botschaftern Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Italiens mündlich mitteilen lassen, daß Japan an der chinesischen Südküste militärische Operationen einleite, um Tschiangkai-schek wirksamer zu treffen. Japan sprach gleichzeitig die Achtung vor den Rechten und Interessen dritter Mächte in China aus.

Japan wird jeder Einmischung zugunsten Chinas scharfsten begegnen.

Ministerpräsident Fuki Kono ließ am Mittwoch in seiner Eigenschaft als Außenminister den diplomatischen Vertretern in Tokio eine offizielle Note zugehen. In dieser Note werden die betreffenden Regierungen ersucht, in Zukunft die Benutzung ausländischen Eigentums als Operationsbasis durch chinesische Truppen in Südchina unmöglich zu machen; widrigenfalls müsse die Japanische Regierung jegliche Verantwortung für die eventuelle Schädigung ausländischen Eigentums ablehnen. Im eigenen Interesse scheine es daher geboten, daß sich die fremden Mächte sämtlicher Handlungen enthalten, die bei den japanischen Truppen den Eindruck einer Einmischung zugunsten Tschiangkai-scheks erwecken könnten.

Die Schlacht bei Hankau.

In größter Aufmerksamkeit berichtet die japanische Presse am Mittwoch ausführlich über den Fall Singangs an der außerordentlich wichtigen Hankau-Peking-Bahn. Die Blätter feiern die Einnahme der Stadt, die 130 Kilometer nördlich von Hankau liegt, als den wichtigsten japanischen Sieg, der in den letzten Wochen gegen starke chinesische Streitkräfte erkämpft werden konnte. Der Fall Singangs ist von erheblicher Bedeutung für alle weiteren Operationen, die sich auf den Fall Hankaus konzentrieren.

Auch die Vertreter der Armee messen der Eroberung dieser Stadt große Bedeutung bei, da nunmehr die Bahnverbindung der Verteidiger Hankaus mit den chinesischen Truppen am Gelben Fluß zwischen Tungman und Tschenschan unterbrochen ist. Ebenso wird die westlich der Bahnlinie verlaufende große Verkehrsstraße von Hankau über Sian nach Sowjetrußland bedroht. Von entscheidender Bedeutung ist schließlich die Tatsache, daß nunmehr ein direkter Angriff auf Hankau unternommen werden kann, da auf Grund der geographischen Verhältnisse die Stadt nur von Norden und Nordosten her bezwungen werden kann.

Botschafter Togo geht nach Moskau.

Der bisherige Botschafter Japans in Berlin Graf Togo ist zum Botschafter in Moskau ernannt worden. Die Zustimmung der Sowjetregierung zu dieser Ernennung ist bereits im Außenamt in Tokio eingetroffen.

Großfürst Kyrril.

Paris, 12. Oktober.

Großfürst Kyrril, der Senior des Hauses Romanow und Thronprätendent von Rußland, ist heute nachmittag, 62 Jahre alt, in Paris verstorben.

Großfürst Kyrril lag wegen eines Beinleidens, zu dem Wundbrand hinzugekommen war, seit 14 Tagen im amerikanischen Krankenhaus in Paris. Bei der Schwäche des Patienten hatten die Ärzte eine Operation nicht mehr gewagt. Am Krankenlager des Großfürsten weilten seine Schwester, die jetzige Prinzessin Nikolaus von Griechenland, seine Brüder, Großfürst Andreas und Großfürst Boris, und seine Tochter, Großfürstin Maria.

Geboren am 30. September 1876 als Sohn des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch, des ältesten Bruders des Zaren Alexander III. und der Großfürstin Maria Pawlowna, geborenen Herzogin von Mecklenburg-Schwerin, war Großfürst Kyrril vor dem Krieg oft zu Gast in Berlin. Als junger Seeoffizier konnte er sich vor Port Arthur beim Untergang des Schlachtschiffes „Petropawlowsk“ nur schwimmend vor dem Tode des Ertrinkens retten. Im Jahre 1905 heiratete der Großfürst die geschiedene Großherzogin Victoria von Hessen, eine geborene Prinzessin von Sachsen-Coburg und Gotha.

Nachdem Großfürst Kyrril im Frühjahr 1917 sich zunächst der Revolution angeschlossen hatte, begab er sich noch im gleichen Jahre ins Ausland. Von Koburg aus, wo er sich einige Jahre aufhielt, siedelte er 1926 nach Paris über. Großes Aufsehen erregte seinerzeit das von ihm noch in Koburg am 13. September 1924 erlassene Manifest, in dem er sich als den „Herrscher aller Rußen“ bezeichnete. Wenig später gab er in einem Aufruf die Parole eines „Sowjetkaiseriums“ aus. Bis zuletzt von dem Bestreben erfüllt, seine Ansprüche auf den russischen Thron geltend zu machen, hatte er schon 1924 seinen einzigen Sohn Wladimir Kyrrilowitsch zum Erben seiner Ansprüche eingesetzt.

Der junge Großfürst Wladimir Kyrrilowitsch, der jetzt Prätendent auf den Zarenthron geworden ist, wurde am 17. August 1917 in Palko bei Berga in Finnland geboren. Er hat zwei ältere Schwestern. Von ihnen ist die erste die 31jährige Großfürstin Marie seit 1925 mit dem Erbprinzen von Vereinigen in Amorbad in Franken verheiratet. Die zweite Tochter des verstorbenen Großfürsten Kyrril, die am 26. April 1909 geborene Großfürstin Kyra Kyrrilowna hat bekanntlich im Frühjahr dieses Jahres den Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, den zweiten Sohn des früheren Deutschen Kronprinzen geheiratet.

Der belgische König in Paris.

Mittwoch mittag traf Leopold III., König der Belgier, in Begleitung seines Bruders, des Herzogs von Flandern, des belgischen Ministerpräsidenten und Außenministers Spaak auf dem Nordbahnhof in Paris ein. Außenminister Bonnet empfing die königlichen Gäste. Eine Kompanie republikanischer Garde bildete vor dem Bahnhof das Ehrenspalier. Unmittelbar nach der Ankunft gab der Präsident der Republik, Lebrun, den belgischen Gästen im Elysée ein Frühstück in engstem Kreise. Anschließend daran fand die feierliche Einweihung des Denkmals König Alberts I. auf dem Place de la Concorde statt.

Kardinal Inniger wurde nicht interniert.

Am Ausgang der vergangenen Woche ist es vor dem Palais des Kardinal-Erzbischofs Inniger in Wien zu bedauerlichen Ausschreitungen gekommen, und zwar gelegentlich einer Demonstration nationalsozialistischer Jugendlicher in Verantwortung einer Huldigung katholischer Jugend, die dem Kardinal bei seiner Rückkehr vom Stefanisdom bereitet wurde. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, wurde die Ruhe bald wieder hergestellt. Das erzbischöfliche Palais wird von einer SS-Wache geschützt; vor einigen Kirchen sind ebenfalls SS- und SA-Posten aufgestellt.

Im Zusammenhang damit waren Gerüchte von einer Internierung des Kardinals in Umlauf gekommen, die von der „FAK“ energisch dementiert werden. Der Gedanke einer Verhaftung des Kardinals sei von niemandem überhaupt nur erwogen worden. Dagegen habe man die Anfänger der Demonstration gegen ihn verhaftet, die der gerichtlichen Bestrafung zugeführt werden sollen. Nach der Verbüßung dieser Strafe sollen sie, nach einer Verlautbarung des Reichskommissars Bürkel, noch eine Zeit im Konzentrationslager zubringen.

Am Freitag Start des polnischen Stratosphärenfluges.

Wie aus Krakau gemeldet wird, ist nunmehr von der Leitung des polnischen Stratosphärenfluges die Mitteilung gemacht worden, daß sich die Wetterverhältnisse im Gebirge bei Zakopane soweit gebessert haben, daß nunmehr der Stratosphärenflug beginnen kann. Der Flug findet demnach am Freitag, dem 14. d. M., statt. Am Donnerstag abend wird bereits mit der Füllung des Ballons begonnen. Der polnische Stratosphärenflug wird in der ganzen Welt mit großer Spannung erwartet.

Wettervorhersage:

Start wollig.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet stark wolfiges bis bedecktes Wetter mit Regenfällen bei milden Temperaturen an.

Die Tradition des Römischen Kaiserreichs.

Großdeutschlands weitere Pläne und sein Verhältnis zu Polen.

Die führende nationaldemokratische Zeitung zollt dem Führer des Dritten Reiches uneingeschränkte Anerkennung.

In einer unter der Überschrift „Auf den Wegen zu einem neuen Europa“ im nationaldemokratischen „Warszawski Dziennik Narodowy“ veröffentlichten Artikelserie beschäftigt sich der bekannte polnische Publizist St. Rozicki in einem objektiv gehaltenen Aufsatz auch mit dem neuen Deutschland. Der Aufsatz bewegt sich in folgenden Gedankengängen:

Der Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Reich ist ein großer Triumph der deutschen Politik. Er brachte Deutschland nicht allein einen Bevölkerungszuwachs von 3½ Millionen Menschen, sondern noch etwas sehr Wichtiges, die Vernichtung der tschechischen Bastion, die, ihrer strategischen Grenzen beraubt, ihren defensiven Wert verloren hat. Wer die Geschichte kennt, der weiß, welche große Änderung dies in Mitteleuropa darstellt.

Die Tschechoslowakei hat aufgehört, als Stützpunkt für die französische Politik und als wertvoller Bundesgenosse für Sowjetrußland zu bestehen.

Die Tschechen können nicht mehr ein Werkzeug der kommunistischen Propaganda und Aktion im Mittelpunkt Europas werden. Wem verdankt Deutschland diesen Triumph? Selbstverständlich dem bedeutenden Anwachsen seiner Kräfte, der unerwarteten inneren Wiedergeburt nach der Niederlage im Weltkrieg, dem Besitz eines Mannes am Staatsruder mit ungewöhnlichen politischen Fähigkeiten. In meinen Briefen aus Nürnberg habe ich mich bemüht aufzuzeigen, daß Deutschland in hohem Maße den Wiederaufbau seiner Kräfte der Stütze auf die große neuzeitliche nationale Strömung verdankt. Seinen Erfolg auf internationalem Boden verdankt Hitler auch dem Umstande, daß er das Gensler System verabscheut und eine reale Politik treibt, die gleichfalls der nationalistischen Denkungsart entspricht.

Deutschland hat nach dem Anschluß Österreichs und der sudetendeutschen Länder sein Gebiet und seinen Bevölkerungszustand vergrößert, eine neue geographische Position und eine neue strategische Lage erlangt, seine militärische Macht und seinen moralischen Zusammenhalt bewiesen. Es ist klar, daß seine Politik um so konsequenter und um so energischer sein wird.

Welchen Problemen wird es jetzt seine Aufmerksamkeit schenken?

Darauf hat Adolf Hitler in seiner in der vergangenen Woche im Sportpalast in Berlin gehaltenen Rede die Antwort gegeben. Er erklärte, daß die Forderung des Anschlusses der Sudetendeutschen die letzte territoriale Forderung in Europa sei. Er sagte, daß er die Zugehörigkeit von Elsaß-Lothringen zu Frankreich anerkenne, daß er die Brennergrenze als ewig ansehe, daß er die Notwendigkeit des polnischen Zuganges zum Meere begreife. Daraus geht hervor, daß Hitler in seiner weiteren Politik territoriale Änderungen in Europa nicht anstreben wird; es ergibt sich aber auch vollkommen klar, daß er das Problem der Rückgabe der Deutschland nach dem Kriege weggenommenen Kolonien aufrollen wird. Und wenn man auf Grund der bisherigen Erfahrungen ein Urteil fällen und die politische Methode Chamberlains sowie die Atmosphäre der Beratungen in München in Betracht zieht,

so kann man, ohne ein Prophet zu sein, voraussagen, daß Deutschland die Kolonien erhält.

Adolf Hitler ist ehrlich in seinen Erklärungen, wir haben auch keine Ursache, die Aufrichtigkeit seiner letzten Erklärungen anzuzweifeln. Wir sind der Meinung, daß er weitere territoriale Forderungen — und diese müßten sich gegen Polen richten — nicht stellen wird. Dies ist aber für die künftige deutsche Politik nicht entscheidend. Die Politik eines Volkes ist nicht das Werk eines Mannes oder einer Gruppe von Leuten, sie ist das Ergebnis der Gestaltung der Verhältnisse, sie ergibt sich aus der Natur der Dinge. Wer also die künftige Entwicklung der Verhältnisse in Europa voraussagen will, muß die geographischen und historischen Bedingungen in Betracht ziehen und nicht daran denken, was die vorübergehenden Lenker der deutschen Politik sagen, sondern daran, was sich aus der geographischen Gestaltung, aus der Geschichte und aus den neuzeitlichen Bedingungen in Europa ergeben muß. Es sei daran erinnert, daß das neue Deutschland, das Deutschland, das eine tiefe Umgestaltung in der Form des nationalsozialistischen Umsturzes erlebt hat, ein anderes ist als das vorkriegszeitliche Deutschland. Den Ausdruck der nationalen Bestrebungen des deutschen Volkes als Ganzes bildeten im Laufe eines Jahrtausend drei staatliche Formationen: das Römische Kaiserreich, das von den Herrschern aus den deutschen Dynastien regiert, die Monarchie der Habsburger und das Deutsche Kaiserreich, das durch Bismarck gegründet wurde.

Das heutige Deutschland knüpft an die Tradition des Römischen Kaiserreichs an.

Dies muß man verstehen und gut durchdenken, um sich über die fünfjährige Politik Adolfs Hitlers klar zu werden. Wer dies wußte, konnte mit Leichtigkeit voraussehen, daß die erste Sorge des Kanzlers der Anschluß Österreichs sei, daß er sich der Sudetendeutschen annehme, daß er die Gestaltung der Lage der Tschechen nach seinem Plan anstreben werde, daß die Rückgabe der Kroninignien der Deutschen Kaiser an Nürnberg für ihn ein großes Symbol ist.

Aus dem, was oben gesagt wurde, ergibt sich auch Hitlers Politik gegenüber Polen.

Es ist klar, daß er bei dem Gedanken von der Vereinigung des deutschen Volkes nicht an allen Fronten den Kampf aufnehmen konnte, und daß er, da er gezwungen war, zu wählen, die südöstliche Richtung gewählt und sich entschlossen hat, sich im Nordosten den Frieden zu sichern. Dies ergab sich nicht allein aus der ganzen Ein-

stellung seines historischen und politischen Denkens, sondern auch aus dem Gefühl, daß das Versailler Traktat im Norden einem Staat das Leben gab, der alle Existenzbedingungen hatte, da er sich auf entsprechende geographische Bedingungen und auf eine starke historische Tradition stützt. Dasselbe Traktat schuf im Süden künstliche Gebilde, welche nicht die Bedingungen der Dauerhaftigkeit in sich tragen. In seiner im Frühjahr dieses Jahres im Reichstage gehaltenen Rede sagte Hitler: „Ich muß das meinem Volk sagen, daß Polen eine Realität ist.“ Man hatte, als man dies hörte, deutlich den Eindruck, daß dieser Schluß das Ergebnis eines gründlichen Denkens ist.

Ein polnisch-deutsches Problem besteht auch weiterhin; denn das ergibt sich aus der Geographie und der Geschichte.

Ich vertrete nicht den Standpunkt, daß es in der nächsten Zukunft auf die Tagesordnung gesetzt werden würde. Seine weitere Entwicklung hängt aber nicht von dem Willen Deutschlands, sondern von der Gestaltung der politischen Verhältnisse in ganz Europa und im besonderen von der Gestaltung der Verhältnisse in Osteuropa ab. In dieser Frage hat heute Polen viel

Der Rat des „Kurjer Pozański“:

Polen soll sich als Bremsblock den Deutschen in den Weg stellen!

Nach den Worten der Anerkennung, die auch der „Kurjer Pozański“ nach der Vier-Mächte-Konferenz dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler für seine Haltung gegenüber den polnischen Forderungen in der tschechoslowakischen Frage gezollt hat, hält es das nationaldemokratische Organ jetzt für angebracht, von einer deutschen Gefahr zu fabeln, von der angeblich Polen bedroht würde. Das Posener Blatt schreibt darüber u. a. was folgt:

Das Wesen der gegenwärtigen internationalen Lage ist die Tatsache, daß Deutschland eine auf dem europäischen Kontinent vorherrschende Macht geworden ist, um so mehr als es im Innern geschlossen, vom siegreichen nationalistischen Geiste durchdrungen ist und dazu Unterstützung bei dem ebenfalls geschlossenen und von der nationalen Idee befehlten Italien findet. Die Wiedererlangung der Kolonien durch das Reich ist nur eine Frage der Zeit. Es ist nicht schwer vorauszu- zusehen, daß die politische und wirtschaftliche Ausbreitung Deutschlands auf dem Kontinent in raschem Tempo fortschreiten, daß Berlin das, was wir in der letzten Zeit in Jugoslawien und Bulgarien erleben, zum Rahmen eines weit angelegten Planes entwickeln wird; nicht allein um sein Übergewicht im ganzen Donauraum zu organisieren, den Balkan durchzudringen und sich den Weg zum Fernen Osten zu bahnen, sondern nicht minder um mit seinen Einflüssen in Gegenden zu gelangen, wo das ukrainische Element beginnt, das als Werkzeug bei der Schaffung der vom Reich geplanten und ihm hörig sein sollenden Ukraine dienen kann. Im Norden, im Baltikum wird diesen Plan zweifellos ein Druck auf Litauen begleiten.

Wir sind in jedem Fall Zeugen einer ungewöhnlichen politischen Entwicklung. Das Reich, das soeben der bisherigen Tschechoslowakei den Todesstoß versetzt hat, tritt jetzt schon in der Rolle eines „Protectors“ der slawischen Völker, des tschechischen, slowakischen und ukrainischen, auf und zwar eines „Protectors“, der sie vor den in Polen wohlwollend betrachteten Anprüchen Ungarns an Karpaten-Ruthenien „verteidigt“. Es

Anfuhr der Weißrussischen Armee gegen Stalin.

Wie sich der „Flutrowany Kurjer Codzienny“ aus Moskau melden läßt, fand am vergangenen Donnerstag nachmittag in Minsk im Klubhaus der weißrussischen Roten Armee eine Kundgebung der Offiziere und Unteroffiziere der Minsker Garnison statt, in deren Verlauf u. a. der politische Kommissar der Garnison der Stadt Minsk Bulbin sprechen sollte. Als der Kommissar seine Rede begann, wurde er von den anwesenden Offizieren und Unteroffizieren ausgerufen. Man brachte Rufe gegen Stalin und für den Marschall Blücher aus. Bulbin verließ unverzüglich den Saal und begab sich zum Kommando der GPU. Es sei erwähnt, daß Bulbin die rechte Hand des politischen Oberkommissars der Roten Armee ist, der augenblicklich im Fernen Osten in Chabarowsk weilt.

Inzwischen setzten die im Saal anwesenden Offiziere und Unteroffiziere ein Manifest auf, das dem Kommando der Weißrussischen Roten Armee zugestellt werden sollte. Dieses Manifest enthielt einen Protest im Zusammenhang mit den Gerüchten von der Verhaftung des Marschalls Blücher. Einige Minuten später kehrte Kommissar Bulbin an der Spitze von einigen hundert Mitgliedern der GPU wieder zurück. Ein Teil der Truppen der GPU mit Bulbin an der Spitze betrat den Saal, die übrigen schlossen den an das Gebäude anstoßenden Park von allen Seiten ein. Im Saal entwickelte sich eine Schießerei, bei der Bulbin und einige Soldaten der GPU getötet wurden. Die GPU zog sich darauf aus dem Gebäude zurück; aber einige Minuten später unternahmen die Truppen der GPU einen Sturmangriff mit Handgranaten. Viele Offiziere und Unteroffiziere wurden verwundet. Mehr als 130 Offiziere wurden verhaftet.

In Minsk wurden Flugblätter verteilt, in denen Stalin des Verrats der Revolution beschuldigt wird. Die Flugblätter waren von dem „Verband der Befreier Rußlands“ unterzeichnet.

zu sagen, und wir werden immer mehr zu sagen haben. Deutschland braucht einen langen Frieden. Wenn Hitler sich der österreicherischen und der sudetendeutschen Frage angenommen hat, so aus dem Grunde, weil er nach meiner Auffassung die feste Überzeugung hatte, daß er sie zu lösen vermag, ohne das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Er hat treffend die Kräfte und Möglichkeiten der Westmächte sowie die Existenzunmöglichkeiten des Tschechoslowakischen Staates in der Form beurteilt, die ihm die Traktate aus dem Jahre 1919 gegeben hatten. Er hat gewußt, daß das ethnographische Argument ein großes Gewicht in Europa besitzt, das auf nationalen Grundsätzen umgebaut wird. Es ist aber klar, daß sämtliche territorialen Änderungen, die heute noch in Osteuropa vorgeschlagen werden könnten, sich nicht auf friedlichem Wege durchführen ließen. Wenn wir den Standpunkt vertreten, daß Europa eine längere Friedenszeit vor sich hat, so stützen wir diese Überzeugung nicht auf Erklärungen dieser oder jener Politiker, sondern auf die objektive Beurteilung der Lage.

Das heutige Deutschland, das an die Tradition des Römischen Kaiserreichs anknüpft, das eine ähnliche territoriale Grundlage hat wie Polen, muß eine gewisse Zeit haben, sich zu sammeln, sich den neuen Bedingungen anzupassen, die tiefe innere Revolution zum Abschluß zu bringen. Seine weitere Politik aber und sein weiteres Schicksal wird von der neuen Gestaltung der Verhältnisse in Europa abhängen, die man heute nicht voraussehen kann, besonders soweit es sich um Osteuropa handelt.

sei denn, daß die deutsche Politik angesichts der faktischen Entwicklung der Lage in Karpaten-Ruthenien selbst sich ihr im letzten Augenblick anpassen wird, um sich Ungarn nicht zu entfremden.

Nach diesen nur zur Hälfte richtigen Feststellungen kommt der „Kurjer Pozański“ zu folgendem Schluß: Wenngleich Polen volle Achtung für die nationale Spannkraft seines westlichen Nachbarn hat und mit ihm gut geregelte Beziehungen zu unterhalten wünscht, so kann es dennoch nicht gestatten, daß es in den Kreis der deutschen östlichen Inpirationen eingeschaltet wird. Es muß durch eine schöpferische politische Initiative die Zusammenarbeit derjenigen Faktoren in Europa organisieren, die den sich auf das Gleichgewicht der Kräfte stützbenden Frieden erhalten wollen, und insollgedessen Gegner der weiteren maßlosen deutschen Ausbreitung und im besonderen Gegner des „Dranges der deutschen Macht nach Osten“ sind. Die polnische Politik sollte sich von den bisherigen Bündnissen und Annäherungen nicht abwenden, die der Natur der Dinge und vor allem unserer geographischen Lage entsprechen. Im Gegenteil, nach unserer Ansicht müßte alles darangesetzt werden, daß die gegenseitigen polnisch-französischen Beziehungen, die viel gelitten haben, wieder in Ordnung gebracht werden, wobei man sich selbstverständlich auf den Grundsatz „Gleiche mit Gleichen“ stützen und diese Beziehungen den gegenwärtigen realen politischen Bedingungen anpassen muß. Auch die polnisch-englischen Beziehungen erfordern eine besondere Pflege. Gleichzeitig aber ist die größte Aktivität der polnischen Politik in den Ländern Mitteleuropas nötig, denen sich die politische und wirtschaftliche Offensive Deutschlands jetzt zuwenden wird. Die polnische Initiative kann bei unseren südlichen Nachbarn, in Donaubeden und auf dem Balkan Schritten Italiens begegnen, die durch die Achse Rom-Berlin zwar mit dem Reich verbunden aber trotzdem sich für den Gedanken an seine Vorherrschaft in Europa nicht begeistern können. Schließlich empfiehlt das nationaldemokratische Organ an die Meinung der direkt nicht interessierten Völker zu denken, denen gewisse polnische Schritte in der letzten Zeit als ziemlich unverständlich und unbegründet erscheinen konnten.

Kampf auf dem Flugplatz in Kiew.

Die Polnische Telegraphen-Agentur „Egypce“ meldet aus Moskau:

In der Nacht zum Sonntag wurden die Militärbehörden in Kiew durch einen bewaffneten Überfall alarmiert, der von unbekanntem Tätern auf dem Militärflugplatz verübt worden war. Die Schießerei war in der ganzen Stadt zu hören, so daß unter dem aus dem Schlaf geweckten Bewohnern der Stadt eine Panik ausbrach. Wie sich später herausstellte, drang eine Gruppe bewaffneter Leute in der Nacht auf den Militärflugplatz und versuchte nach der Ermordung von zwei dienfttuenden Soldaten den Flugplatz und die dort untergebrachten Flugzeuge in Besitz zu nehmen. Die alarmierten Truppenabteilungen hatten mit den Angreifern eine regelrechte Schlacht zu bestehen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab.

Nach einer in Kiew umlaufenden Lesart wurde der Überfall auf den Kiewer Flugplatz von einer Gruppe ukrainischer Aufständischer verübt, die in der näheren Umgebung von Kiew operierte. Nach dem Austausch von Schüssen zogen sich die Angreifer vom Flugplatz zurück und suchten in den nahen Wäldern Deckung. Ihre Verfolgung wurde aufgenommen.

Jeschow nicht mehr GPU-Chef?

Nach Informationen, die der „Bölkische Beobachter“ aus Moskau erhalten hat, ist der bisherige GPU-Chef Jeschow seines Postens enthoben worden. Sein Amt soll das Mitglied des kommunistischen Parteigerichts Malenow übernommen haben. Als Ursache der Entlassung Jeschows wurde angegeben, daß die von ihm in den letzten Monaten durchgeführte „Säuberungsaktion“ eine gefährliche Desorganisation des Apparats, der Staats- und Parteiverwaltung zur Folge gehabt hätten. Wie es heißt, wird Jeschow, der offenbar bei Stalin in Ungnade gefallen ist, das Schicksal des hingerichteten Jagoda nicht teilen, sondern das Kommissariat für Fragen des Wasserverkehrs behalten, was gleichbedeutend wäre mit seinem vollkommenen Ausschluß aus dem aktiven politischen Leben. Es sei daran erinnert, daß Jeschow das Hauptwerkzeug Stalins zur Durchführung der politischen Massenmorde in den letzten Jahren gewesen ist. Eines seiner ersten Opfer war sein Vorgänger auf dem Posten des GPU-Chefs Jagoda.

Wojewodschaft Pommerellen

13. Oktober.

Pommerellen und die Sejmwahlen.

Während sich die Oppositionspresse bezüglich der kommenden Sejm- und Senatswahlen in Stillschweigen hüllt...

Die „Gazeta Pomorska“, das in Thorn erscheinende Regierungsblatt, berichtet, daß der bisherige Sejmabgeordnete Dudzinski, der bekanntlich im Jahre 1935 mit Hilfe der deutschen Stimmen im Wahlkreis 100 (Bromberg, Wirsh, Schubin und Kolmar) gewählt worden ist...

Bromberg (Bydgoszcz)

Der Jaschnitzer Wald —

der Wasserspender für Bromberg.

Bromberg baut neue Brunnen und Wasserleitungen.

Der stille Wald von Jaschnitz bei Bromberg, der das Ausflugsziel vieler Spaziergänger ist, ist jetzt von einer großen Arbeiterschar belebt.

Die Arbeiten im Wald von Jaschnitz bedeuten nichts weiter als daß die Bromberger Stadtverwaltung zusätzliche Wasserquellen für die Stadt Bromberg sucht und schafft.

Sie haben jetzt ihre wohlverdiente Ruhe gefunden. Ein neues Wasserwerk mit elektrisch betriebenen neuzeitlichen Pumpen arbeitet bereits seit langer Zeit.

Jede der neuen elektrischen Pumpen im neuen Elektrizitätswerk ist in der Lage, stündlich 360 Tonnen Wasser in die Wasserleitungen der Stadt zu pumpen.

Man könnte wohl dabei die Frage stellen, ob die Waldbestände nicht unter dem Entzug des Wassers Schaden nehmen werden.

Aus diesen 20 neuen Brunnen wird nun auf Grund einer Saugvorrichtung das Wasser in die Rohre geleitet, es gelangt in Abständen von mehreren hundert Metern in Sammelbrunnen und wird dort unter Druckluft in das



Damit es endlich alle sehen...

jede Aspirin-Tablette trägt das Bayer-Kreuz. Achten Sie auf dieses Kennzeichen wie auf Ihren eigenen Vorteil.

ASPIRIN TABLETTEN DAS PRODUKT DES VERTRAUENS

Wasserwerk befördert. Die gesamte Rohrleitung, vom ersten Brunnen bis zum Wasserwerk, hat eine Länge von fast drei Kilometern.

Mit der Fertigstellung dieser neuen Wasserleitung wird die Stadt Bromberg eine große Sorge los sein.

Die Wählerlisten prüfen! Der heutige Tag, der 13. Oktober, ist der letzte, an dem die Wählerlisten für die Sejm- und Senatswahlen eingesehen werden dürfen.

Die Deutsche Nothilfe braucht Strümpfe, Wollzeug, Mäntel — spendet für die Kleidersammlung

Rehabilitiert wurde der Landwirt Friedrich Busse aus Zielonke, der wegen Beamtenbeleidigung angeklagt und in der ersten Verhandlung im August d. J. vom hiesigen Bürgergericht zu zwei Monaten Arrest verurteilt worden war.

Kind in einen Springbrunnen gestürzt. Am Dienstag nachmittag fiel das 1 1/2-jährige Söhnchen der Witwe Emma Sulaska, Dabrowski (Kiesestraße) 35, in den Anlagen der Wilmannshöhe in das Becken des dort befindlichen Springbrunnens.

Ein Schaufenster zertrümmert. In der Nacht zum Dienstag wurde eine große Schaufensterscheibe in dem Geschäft der Firma S. Zamorowski, Danzigerstraße 139, von unbekanntem Täter zertrümmert.

„Ich sehe — eine reiche Heirat!“ Mit diesen Worten mußte ein Zigeunerin sich das Vertrauen eines 30-jährigen Dienstmädchens, Garbary (Albertstraße) 6, zu gewinnen.

„Nicht zuge Adolf Hitler!“ Mit diesem Ruf bewegte sich am Dienstag gegen 14 Uhr ein etwa 19-jähriger Jüngling, der stark angetrunken war, über den Rynek Marz.

Vermißt wird seit der vergangenen Woche der 15-jährige Stanislaw Knorr, Ugorz (Weidenstraße) 58. Er war mit einem blauen Sporthemd, grünen Pulllover, Knickerbocker-Hosen, schwarzen Strümpfen und ebensolchen Schuhen, schwarzem Mantel und braunem Schal und runder Schulmütze bekleidet.

Einbruch und Diebstahl. In der Nacht zum Dienstag wurde ein dreifacher Einbruch in den Klost.-Sw. Trojcy (Berlinerstraße) 18 verübt. Die unerkannt entkommenen Täter stahlen Tabakwaren und Süßigkeiten im Werte von 230 Zloty.

Graudenz.

Sport-Club S. C. G.

Sonntag, den 15. Oktober 1938, abends 8 Uhr, im Clubhaus

Clubabend.

Eintritt nur für Mitglieder u. deren Angehörige.

Der Vorstand Dr. Gramse.

Allen Spendern die das Münchener Oktoberfest durch Gaben für unsere Bühnenspiele unterstützt haben, herzlichen Dank.

Die Deutsche Bühne Grudziadz.

4 Zimmer, Bad zu vermieten. Köppel, Legionowa 96.

Bandsburg.

Anzeigen und Abonnements

für die „Deutsche Rundschau“ nimmt zu Originalpreisen für Bandsburg an Karl Tabatowski, Wiecbort.

Thorn.

Unterstützungsverein „Humanitas“

Sonntag, 15. Oktober 1938, abends 8 Uhr im „Deutschen Heim“

Wohltätigkeitsfest

zum Besten der Weihnachtsbescherung für Arme, mit Konzert, Vorträgen und Tanz.

Alle Mitbürger aus Stadt und Land sind herzlich eingeladen.

Eintritt frei! Wir bitten um recht zahlreiche Spenden zur Verlosung bis Sonntag nachmittag 2 Uhr im Deutschen Heim.

Todes-Anzeigen

auf Bogen und Karten in den verschiedensten Ausführungen liefert sofort am Tage der Bestellung

Justus Wallis

Papierhandlung Torná, Szeroka 34.

Wollstoffe

für Herbst und Winter in reicher Auswahl empfiehlt W. Grunert, Thorná, Szeroka 32, Tel. 19-90.

Kirchl. Nachrichten.

18. Sonntag n. Trinitatis am 16. Oktober 1938

St. Georgenkirche.

Um 9 Uhr vorm. Gottesdienst, danach Kinder-Gottesdienst.

Altstadt. Vorm. 10 1/2 Uhr Gottesdienst, danach Kinder-Gottesdienst.

Kudat. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst.

Gr. Höfendorf. Vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst.

Kromekto. Vorm. um 10 Uhr Gottesdienst.

Culmee. Vorm. um 10 Uhr Gottesdienst.

Sagelin. Vorm. um 7 1/2 Uhr Gottesdienst.

§ **Fahrraddiebstahl ohne Erde.** In letzter Zeit mehrten sich wieder die Fahrraddiebstahl. So wurden am Montag nicht weniger als vier solcher Diebstahl verübt. Dem Kafeleerstraße 128 wohnhaften Stanislaw Ciecielski wurde ein Fahrrad im Werte von 120 Zloty gestohlen, das er vor dem Gebäude des Arbeitsfonds stehen gelassen hatte. — Vom Hof des Sozialversicherungsamtes wurde zum Schaden des Wladyslaw Wypijewski, Artillerieoffizier 13, ein Herrenfahrrad im Werte von 90 Zloty entwendet. — Dem in der Wielicka (Beelikerstraße) 31 wohnhaften Wacław Cichocki wurde ein Herrenfahrrad gestohlen, das vor einem Hause Rynek Marsz. Pilsudskiego (Friedrichsplatz) gestanden hatte. Der Wert des Rades betrug 130 Zloty. — Jan Porzuch, Danzigerstraße 156, wurde ein Herrenfahrrad im Werte von 130 Zloty aus dem Korridor der Eisenbahndirektion gestohlen. — In allen Fällen sind die Diebe unerkannt entkommen.

§ **Wer sind die Besitzer?** Bei dem Polizeiposten in Sadka, Kreis Wirsch, befinden sich folgende Gegenstände, die von Diebstählen herrühren: verschiedene Herren- und Damenoberbekleidung wie Mäntel, Anzüge, Kleider, ferner Tischwäsche, ein Damenpelz mit schwarzen Streifen, ein Skunzfragen, eine braune Damenplüschjacke u. a. m. Die rechtmäßigen Eigentümer können sich zur Entgegennahme ihres Besitzes bei dem oben genannten Polizeiposten in Sadka melden.

Grudenz (Grudziadz).

Militärische Feierlichkeiten.

Am Sonnabend dieser Woche, 15. d. M., findet in der Kavallerieschule (Centrum Wyzolenia Kawalerii) die Beförderung der Fähnriche des General-Drilcs-Dresser-Jahrgangs zu Leutnants statt. Mit Rücksicht auf die Anwesenheit hoher militärischer Würdenträger wird die Veranstaltung diesmal einen besonders festlichen Charakter haben. Außerdem werden an diesem Tage Veranstaltungen allgemein kavalleristischer Art stattfinden, nämlich das erste große Kavallerierennen sowie die Eröffnung der Herbstjagd der Jagdrennen. Den Tag wird ein von der Stadtverwaltung gegebener Raut abschließen.

In einem Aufruf an die Grudenzener Bevölkerung ersucht der Stadtpräsident, die Häuser mit nationalen Fahnen und Emblemen zu schmücken, um dadurch der Freude über das Erscheinen der höchsten Würdenträger der Armee und der sonstigen hervorragenden Gäste Ausdruck zu geben. Die Dekorierung soll am Freitag, 14. Oktober, 18 Uhr, ihren Anfang nehmen.

× **Die Armen der evangelischen Gemeinde** wurden, wie alljährlich in der Erntedankfestzeit, von der Evangelischen Frauenhilfe zu Kaffee und Kuchen ins Gemeindehaus eingeladen. An den langen, blumengeschmückten Tischen versammelten sich 160 Männer und Frauen, die sich mit sichtlichem Behagen an dem Kaffee und dem überaus reichlich dargebotenen Kuchen labten. Die Männer erhielten außerdem jeder eine Zigarre und die Frauen Bonbons. Gemeinsamer Gesang, eine Ansprache von Pfarrer Diebel II sowie einige musikalische und deklamatorische Vorträge sorgten für Unterhaltung. Ein Mann aus der Versammlung sprach den Dank der Festteilnehmer aus. Die Frauenhilfe ihrerseits spricht allen Hausfrauen für die in so ergiebiger Weise dem wohlthätigen Zwecke dieser Veranstaltung gewidmeten Gaben ebenfalls herzlichsten Dank aus.

× **Keine ungeeichten Gewichte benutzen!** Beschlagnahme wurden laut polizeilicher Chronik bei J. Monika, Paderewskistraße, eine Tischwaage, sowie ein 1/2-Kilogramm-Gewichtstück, die, obwohl nicht vorschriftsmäßig geeicht, beim Verkauf in Benutzung waren.

× **Rowdytum.** Als der Arbeiter Aleksander Grabowski, wohnhaft Kalinterstr. (Kalinkowa) 70a, mit dem Fahrrad die Culmer Chaussee entlangfuhr, wurde er von zwei Personen, Jan und Michal Radzimiński, Ansfiedlung II, angerempelt und in roher Weise geschlagen. Der Mißhandelte trug drei Verletzungen am Kopfe davon. Mißhandelt wurde auch ein gewisser Adam Tydelwicz, Culmerstraße (Chelminiska) 82, und zwar von Franciszek Wilmański, wohnhaft Rothöferstraße (Czerwondziorna) 20. Dieser verkehrte dem Tydelwicz in die linke Seite und gegen das rechte Ohr je einen Messerstich, die aber nur leichter Art waren.

× **Gestohlen** wurden aus der Paderewskistraße 8 befindlichen Rizekischen Garage Kleidungsstücke und Autoteile im Gesamtwerte von etwa 100 Zloty, ferner aus der Wohnung des Zimmermanns Josef Bajon, Wiesenweg (Droga Lutowa) 23, ein dort verwahrt gewesener Gelbbetrag von 100 Zloty.

Thorn (Torun)

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein Thorn

führte im „Deutschen Heim“ eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung durch. Vorsitzender Ketz gedachte der zehn Toten, die der Verein im letzten Halbjahr verloren hat, und die Erschienenen ehrten ihr Gedenken durch Erheben von den Sichen. — Über das neue Verfahren bei der Einkommensteuer referierte sodann Geschäftsführer Rundi wie folgt: Laut Rundschreiben des Finanzministers vom 4. April 1938 Nr. 2. D. V. 8390/1/38 ist es weiterhin unzulässig, die Einkommensteuer vom Hausbesitz nach Normen einzuschätzen (40—45 Prozent war die Norm für Ausgaben in den Vorjahren), vielmehr muß jetzt die Schätzung nach dem tatsächlichen Stand der Einnahmen und Ausgaben vorgenommen werden. Hierzu werden allen Hausbesitzern, die mehr als 12 Räume (die Küche gilt auch als Raum) in ihren Häusern haben, besondere drei Formulare zum Ausfüllen übersandt werden. Sie sind ausgefüllt mit den Belegen in dem vorgeschriebenen Termin persönlich beim Finanzamt (II. Stock, Zimmer 10) abzugeben. Das Formular A betrifft die namentliche Ausführung aller Mieter (1937); es ist anzugeben: in Rubrik 1, wieviel der betreffende Mieter für 1936 schuldig geblieben ist, in der nächsten Rubrik die Sollmiete für 1937, in der folgenden die wirklich eingegangene Miete im Jahre 1937, und am Schluß, wieviel uneinziehbare Miete auf Verlust gebucht ist, ferner wieviel schuldig gebliebene eventuell im nächsten Jahr noch einkommen kann. Der Wert der eigenen Wohnung ist auch anzugeben. Zu beachten ist, daß man die Sollsumme, die zur Veranlagung der Gebäudesteuer maßgebend war, herausbekommt. Wo dieses infolge Leerstehens, Rückstände usw. nicht der Fall ist, muß dieser Aus-

fall durch Bescheinigung des Mieters, Urteil oder (bei Leerstehen) durch das Meldebuch nachgewiesen werden. — Formular B betrifft die namentliche Ausführung der Lieferanten von Material zu Renovierungen usw. und der Handwerker unter Angabe ihrer genauen Adresse mit Hausnummer. Es geht darum, auch die Handwerker zur Einkommensteuer gehörig zu erfassen. — Die Endsummen der Formulare A und B sind dann in das große, zweiseitige Hauptformular einzutragen, in dem auch in besonderen Rubriken die weiteren Ausgaben (wie Entschädigung an den Hausverwalter, Portier, Krankenkasse, Wasserzins, Flurbelichtung, Schornsteinfeger, Müllabfuhr) vermerkt werden müssen. Falls im Treppenhause Petroleumlampen brennen oder die Müllabfuhr nicht durch die Stadtverwaltung vorgenommen wird, brauchen keine Quittungen beigebracht zu werden! In diese Rubrik kommt auch die Summe für Straßenreinigung, Feuerversicherung, Haftpflicht- und Glasversicherung, Arbeitslosensteuer, Ausgaben aus Formular B (Reparaturen), Zinsen unter Angabe des Namens des Zinsenerhebbers, der Schuldsumme und der Höhe des Zinsfußes, ferner Gebäude-, Lokal-, Kirchen- und Kommunal-Einkommensteuer und zum Schluß die Abnutzung des Gebäudes (1 Prozent von der Jahresmiete mal 10 bzw. 1,5 Prozent bei Fachwerkbauten). Alle vom Hausbesitzer vorgelegten Belege erhalten einen Stempel, um mehrmalige Verwendung auszuschließen. Von dieser Prozedur sind nur solche Hausbesitzer befreit, die vorschriftsmäßige Handelsbücher führen.

Über die Auswirkungen des Gaschutzgesetzes machte Herr R. gleichfalls bemerkenswerte Ausführungen. Bei Häuserkontrollen wurden vielfach Mängel festgestellt, die unverzüglich beseitigt werden müssen. Diese Fälle werden individuell im Vereinsbüro besprochen und mit den zuständigen Blockkommandanten erledigt. Im Zusammenhang mit der Gasabwehr müssen auch verschiedentlich Grundstückszäunungen umgeändert werden, was gleichfalls individuell im Vereinsbüro erledigt wird. In den nächsten Tagen ist in Thorn ein Gasalarm zu erwarten und die Blockkommandanten haben bereits Befehle für einzelne Gestellungspflichtige erhalten. Artikel 3 des Gesetzes über Gas- und Fliegerabwehrschutz (Dz. U. R. P. Nr. 80, Pos. 742 vom Jahre 1934) sieht den persönlichen Zwang bei derlei Übungen oder im Ernstfall vor, Artikel 7 desgleichen Strafen von

Prüft Eure Bestände, opfert für die Kleidersammlung!

6 Monaten bis zu 2 Jahren Arrest. Mann oder Frau, die von ihrem Blockkommandanten einen Gestellungsbefehl erhalten, sind also verpflichtet, sich im angegebenen Termin zu stellen. In den einzelnen Häusern ist baldigst ein Stück Schiene oder dergleichen zu Alarmzwecken in Bereitschaft zu halten, auch müssen die vorgeschriebenen Geräte beschafft werden. — Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß die Baubehörde innerhalb von 14 bis 30 Tagen die Anpflanzung von Zäunen an die Gaschutzvorschriften geordnet hat. Dabei sagt § 19 Absatz 1 des Gesetzes vom 16. 3. 38 (Dz. U. R. P. Nr. 21/28, Pos. 182) ausdrücklich, daß die bestehenden Zäune in zwei Jahren umgeändert werden müssen.

Besprochen wurden fernerhin noch folgende Angelegenheiten: Nach Artikel 381 des Schuldrechts darf der Hausbesitzer dem Mieter die Anbringung von Neuanlagen (Fernsprecher, elektrisches Licht, Gas, Radio) nicht verweigern. Falls die Mitwirkung des Hausbesitzers erforderlich ist (z. B. bei Sammelantennen), so sind diesem die Unkosten im Verhältnis zurückzuerhalten. — Bei der sog. Frühlingstücherei haben sich in Thorn auch die Polizei und der Burgstarost mit Anordnungen betätigt, obwohl diese Angelegenheit einzig und allein der städtischen Bauabteilung unterliegt. So hat der Burgstarost J. J. der Frau Sichau auf der Sposa Chelminska (Culmer Chaussee) sofortige Streichung des Zaunes anbefohlen und 14 Tage später ordnete die städtische Bauabteilung den Abbruch des inzwischen neugegründeten Zaunes und die Aufstellung eines neuen an. Auf Grund einer Beschwerde an die Wohnschaft wurden der Frau S. sodann die Kosten zurückerstattet. — Anmeldung von Änderungen unter den Mietern müssen innerhalb 30 Tagen beim Finanzamt vorgenommen werden (zwecks Bemessung der Lokalsteuer), andernfalls erfolgt empfindliche Bestrafung. — Es wurde zum Schluß noch darauf hingewiesen, daß manche Hausbesitzer infolge nicht perfekter Kenntnis der polnischen Sprache und Schrift sich irgendeinen Jungen heranziehen und von diesem Eintragungen im Hausmeldebuch machen lassen. Dies ist unzulässig und die Stadtverwaltung warnt diese Hausbesitzer, weiterhin so zu verfahren. Ihnen wird sonst nämlich die Meldebuchführung amtlicherseits abgenommen und damit eine andere Person betraut werden, wobei der betr. Hausbesitzer dann die Kosten für deren Entschädigung zu tragen hat. Ebenso wurde bekanntgegeben, daß bei der Stadtverwaltung nicht mehr in deutscher Sprache verhandelt werden darf.

× **Der Wasserstand** der Weichsel erfuhr in den letzten 24 Stunden eine weitere Zunahme um 4 Zentimeter und betrug Mittwoch früh um 7 Uhr am Thorner Pegel 0,43 Meter über Normal.

× **Apotheken-Nachdienst** ab heutigem Donnerstag, 19 Uhr, bis Donnerstag, 20. Oktober, 9 Uhr vormittags einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 16. Oktober, hat in der Innere Stadt die „Apothek-Apothek“ (Apteka pod Orlem), Rynek Staromiejski (Altstädtischer Markt) 4, Fernsprecher 1607. — In den Monaten Oktober bis Dezember haben außerdem Nachdienst ab 22 Uhr auf der Bromberger Vorstadt die „St. Annen-Apothek“ (Apteka sm. Anny) in der ul. Mickiewicza (Mellienstraße) 98, in Thorn-Mocker die „Schwanen-Apothek“ (Apteka pod Labedziem) in der ul. Kosciuszki (Vindenstraße) 15, und auf der Fokobsvorstadt die „Apteka Radwiskowska“ in der ul. Lubicka (Reibischerstraße) 43.

× **Das Appellationsgericht** in Posen als Revisionsinstanz beschäftigte sich dieser Tage mit dem Devisenprozeß gegen den Direktor der Thorner Schmalzfabrik „Standard“, Scharf, seinen Prokuristen Bibelmann von hier und einen gewissen Gruenberg aus Krafan. Laut Urteilspruch des Thorner Bezirksgerichts vom 4. Juni d. J. war Scharf zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 20 000 Zloty Geldstrafe verurteilt worden, Bibelmann zu acht Monaten Gefängnis und 3000 Zloty Geldstrafe, und Gruenberg zu 4 Monaten Arrest

und 3000 Zloty Geldstrafe. Die Revisionsinstanz kam auf Grund zahlreicher neuer Beweise zu der Auffassung, daß die Angeklagten lediglich leichtsinnig gehandelt hätten, ohne der polnischen Volkswirtschaft irgendwelchen effektiven Schaden zugefügt zu haben. Nach durchgeführter Verhandlung erkannte das Appellationsgericht gegen Scharf auf 2 Monate Arrest mit zweijährigem Strafausschub sowie 1000 Zloty Geldstrafe, während die Mitangeklagten Bibelmann und Gruenberg mit je 50 Zloty Geldstrafe davonkamen. **

× **Auf offener Straße ihrer Handtasche beraubt** wurde in der Nähe der ul. Stomaciego (Waldfstraße) Rozalia Ruhr aus der ul. Wielaska (Weißhöferstraße) 14. Der unerkannt entkommene Täter wird jetzt polizeilich gesucht.

× **Strafensnuffel.** Dienstag mittag 11.45 Uhr wurde der in der ul. Konuchy (Rohgardenstraße) 3 wohnhafte Franciszek Buchole, als er mit seinem Fahrrad unterwegs war, an der Ecke der ul. Kosciuszki und ul. Jana Dbrachto (Vinden- und Spritstraße) durch das Kostauto A 68 208 der Firma „Autotransport“ in Bromberg angefahren und leicht verletzt. Die Polizei klärt die Schuldfrage. * *

Bei Kopfschmerzen und Schwindelanfällen, hervorgerufen durch trägen und harten Stuhlgang, ist es zweckmäßig, abends ein halbes Glas und früh nüchtern die gleiche Menge natürliches „Fronz-Josef“-Bitterwasser zu trinken. Fragen Sie Ihren Arzt. 3626

Dirschau (Tczew)

de **Ihren 78. Geburtstag** begeht am heutigen Donnerstag Frau Berta Burmeister in geistiger und körperlicher Frische. Das Geburtstagskind wird von ihrer Tochter, Frau Klara Stargarderstraße, liebevoll betreut. Wir gratulieren!

de **Die hiesige Bäckerinnung** hielt am Dienstag in der „Hala Pomorska“ ihre Quartalsitzung ab. Nach der Begrüßung der Innungsmitglieder erstattete der Obermeister Borzyskowski Bericht über die in Thorn am 9. 9. stattgefundenene Versammlung der Bäcker-Obermeister. Alsdann einigte man sich auf den Kandidaten Schulz als Vertreter der Handwerker für die Sejmwahlversammlung aufgestellt wurde. Nachdem wurden noch sechs Lehrlinge in die Lehrlingsrolle eingetragen und sodann die Sitzung geschlossen.

de **Blutige Schlägerei.** In Dirschau, Kreis Dirschau kam es zwischen Betrunknen zu einer Schlägerei, bei welcher Zornlaten Verwendung fanden. Einer der Beteiligten namens Gerhard Hahn zog sogar einen Revolver und schöß zweimal auf Leo Groß. Der erste Schuß traf G. in die Brust, der zweite in die Schulter. Der Schwerverwundete mußte in das hiesige St. Vinzenzkrankenhaus eingeliefert werden. Der Täter wurde verhaftet.

de **Wegen Devisenschmuggels** wurde von der hiesigen Grenzkontrolle eine weibliche Person aus Dirschau festgenommen.

de **Wegen Trunkenheit** wurde Jan Rządowski aus Dirschau, Mauerstraße Nr. 20, von der Polizei verhaftet.

de **St. Georgenkirche.** Am 16. Oktober 1938, 18. Sonntag nach Trinitatis, 10 Uhr Hauptgottesdienst, 11 1/4 Uhr Freitauen, 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst, 15 Uhr Erbauungsstunde; Donnerstag, den 20. Oktober, 20 Uhr Ev. Jugendversammlung.

Konitz (Chojnice)

rs **Die Wählerlisten** zu den Sejmwahlen sind zur Zeit angelegt und hat jeder Wahlberechtigte das Recht die Eintragung in die Liste zu prüfen und eventuelle Reklamationen einzureichen. Von diesem Recht wurde bisher sehr wenig Gebrauch gemacht. Gegenüber den letzten Wahlen im Jahre 1935 ist infolge der Bevölkerungszunahme auch eine Zunahme der Wahlberechtigten zu verzeichnen. Die Liste des Wahlkreises I hat 1169 Wahlberechtigte; 2 — 1941; 3 — 1626 4 — 1298; 5 — 1660 und 6 — 1293, zusammen 8927 eingetragene Wähler. Die Listen der Wahlberechtigten zu den Senatswahlen weisen in der Stadt 327 Wahlberechtigte und Konitz-Landgemeinde 94 auf.

rs **Ein Autounfall** ereignete sich am Dienstag vormittag auf der Bruch-Konitzer Chaussee, wo in der Gegend von Zbenin das Personenauto des Kaufmanns Janicki aus Czernil von einem unbekanntem Auto angefahren und stark beschädigt wurde. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Das Auto mußte jedoch abgeschleppt werden.

rs **Ein sensationeller Prozeß** gegen drei ehemalige Beamte des Finanzamtes wegen Verfehlungen im Amte begann am Mittwoch vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts unter dem Vorsitz des Vizepäsidenten Kaminski. Angeklagt sind der frühere Registrator Eibinski und die früheren Beamten des Vollziehungsamtes, Par und Fadzewski. Es sind insgesamt 46 Zeugen geladen. Die Anklageschrift wirft den Angeklagten vor, daß sie bereits entwertete Stempelmarken von alten Aktenstücken entfernt und an Interessenten verkauft, bzw. wieder verwandt, die Beträge aber unterschlagen hätten. Die Verfehlungen wurden bei einer im März unvermutet durchgeführten Revision entdeckt, während der sich auch der Beamte Ansel erschöß. Laut Anklage wurden während der bei dem Angeklagten Eibinski in seiner Wohnung in Czernil durchgeführten Hausdurchsuchung zahlreiche alte Akten gefunden, auch deuteten die Umstände darauf hin, daß Papiere verbrannt waren. Die Angeklagten bekennen sich nicht zur Schuld. Der Prozeß wird voraussichtlich mehrere Tage dauern.

Zeugenverhör in dem Neustädter Mordprozeß.

Br **Neustadt (Wejherowo),** 12. Oktober. In der Bartoszyński Mordsache wurde das Zeugenverhör fortgesetzt. Der Sohn des ermordeten Ehepaars Zielonka sagt aus, daß Bartoszyński von seinen Eltern mehrere Male größere Geldsummen geborgt hätte, die er dann in den Anzeilen verbrachte. Die Eltern hätten sich immer gewünscht, daß der Angeklagte ihnen ein Leid antun könne. — Die Zeugin Ottilie Kochanowska gibt an, daß sie an dem betreffenden Abend den Zielonka, der einen Rucksack trug, mit einem Manne, den die Zeugin nicht erkennen konnte, nach dem Walde gehend beobachtet habe. Der Unbekannte habe einen Gegenstand in der Jackentasche gefaßt, der mit einem Beil Ähnlichkeit hatte. — Der Zeuge Wojtalewicz berichtet, er habe gehört, daß Zielonka geäußert hätte, er müsse nach dem Walde gehen, um dort einen Fuchs, den ein Bekannter gefangen hätte, totzuschlagen.

Der sachverständige Arzt Dr. Sochaniewicz hat das bei Bartoszyński gefundene Beil näher untersucht und festgestellt, daß die tödlichen Wunden der beiden Ermordeten, welche sieben Zentimeter lang gewesen waren, mit der Schneide des

